

From: Bernd und Esther Friedrich

Sent: Sunday, February 03, 2013 7:35 PM

Subject: SWR-Rundfunkrat - Vertretung Freikirchen - Sachstand 03.02.2013

Liebe Vertreter der Freikirchen und Kirchenleitungen,
sehr geehrte Damen und Herren,

nach einer gewissen Zeit möchte ich Sie wieder einmal über den aktuellen Stand informieren zur Änderung des SWR-Staatsvertrags und der vorgesehenen Streichung des Rundfunkratsmandats der Freikirchen. Ich knüpfe dabei an an meine beiden letzten Sachstandsberichte vom 29.12.2012 (20.08) und vom 09.12.2012 (20.16) und berichte im Schwerpunkt über die aktuelle Entwicklung seit der offiziellen Anhörung am 20.12.2012 in Mannheim.

1. Schriftliche Anhörung der Landesregierungen

Die schriftliche Anhörung endete am 18. Januar 2013. Zahlreiche Kirchenleitungen und Gemeinden haben nochmals schriftlich Stellung genommen. Zu Ihrer Information sind exemplarisch - zu Ihrer persönlichen Unterrichtung - beigefügt die Stellungnahmen der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen BW (ACK) vom 20.12.2012, die Stellungnahme der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) vom 16.01.2013 sowie die Stellungnahme der Evangelisch-methodistischen Kirche (EmK) Distrikt Stuttgart vom 17.01.2013. Ich danke diesen und allen weiteren Beteiligten für ihr Engagement. In der Summe werden alle wichtigen Argumente gegenüber der Landesregierung nochmals deutlich gemacht, die in den Entscheidungsprozess einfließen sollen. Wer mehr Vielfalt möchte, sollte nicht ausgerechnet die vielen kleinen Kirchen und Gemeinschaften vor die Tür setzen. Zahlreiche repräsentierte Kirchen sind auch weltweit aktiv, so dass es auch unter diesem Gesichtspunkt nicht gerechtfertigt erscheint, im christlich-kirchlichen Bereich zukünftig im Rundfunkrat allein auf mindestens sieben Rundfunkratsmitglieder der römisch-katholischen Kirche und der Evangelischen Landeskirchen zu setzen.

2. Neukonstituierung Rundfunkrat 2013-2018

Der SWR-Rundfunkrat hat sich turnusgemäß am 24./25. Januar 2013 nach bisherigem Recht für eine weitere Amtsperiode 2013-2018 (5 Jahre) neu konstituiert. Bernd Friedrich gehört dem Gremium als Vertreter der Freikirchen in der neuen Periode weiter an und wurde vom Landeshörfunkausschuss am 25.01.2013 als stellvertretender Vorsitzender des Landeshörfunkausschusses wieder gewählt. Nach den bisherigen Planungen der Landesregierungen soll diese Amtsperiode nach dem Inkraft-Treten des novellierten Staatsvertrages abgekürzt werden. Der Entwurf sieht vor, dass der jetzige Rundfunkrat bis Ende Juli 2014 und der neu zusammengesetzte Rundfunkrat dann ab 01.08.2014 amtieren soll, so dass in jedem Fall in den nächsten eineinhalb Jahren ein freikirchlicher Vertreter weiter dem Rundfunkrat angehören wird. Inzwischen haben Rechtsexperten gegen dieses Vorgehen Bedenken angemeldet. Das Badische Tagblatt meldet am 26.01.2013 unter der Überschrift "Klage droht: Kritiker bauen auf Zeitgewinn" unter anderem: "... Als Übergangsregelung ist darin (Anm.: im Entwurf des neuen Staatsvertrags) für die jetzt gebildeten Gremien eine deutlich verkürzte Amtsperiode vorgesehen. Dagegen firmiert sich mehr und mehr Widerstand, eine verfassungsrechtliche Klage zeichnet sich ab." - Hintergrund ist die Fragestellung, ob es dem Gesetzgeber unter dem Gesichtspunkt der Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht verwehrt ist, nach einem Wechsel der Mehrheiten im Parlament in die Rechte eines ordnungsgemäß arbeitenden Gremiums einzugreifen.

3. Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion

Mit Schreiben vom 22.01.2013 hat die Landesregierung eine Anfrage der CDU-Fraktion im Landtag BW beantwortet, in der diese sich nach den Anhängerzahlen der Religionen und Konfessionen in Baden-Württemberg erkundigt hat. Auf insgesamt sieben Seiten werden dazu von der Landesregierung Ausführungen vorgelegt. Darin wird auch auf Ausführungen der ACK Bezug genommen, wonach für BW von folgenden Mitgliederzahlen ausgegangen werden kann: Klassische ACK-Freikirchen 70.000, Orthodoxe 170.000, Neuapostolische 95.000 und unabhängige Gemeinden ca. 50.000 Mitglieder. In der Summe kann deshalb davon ausgegangen werden, dass vom freikirchlichen Vertreter im Rundfunkrat knapp 400.000 Menschen repräsentiert werden. Hinzuzurechnen wären gegebenenfalls noch die Mitglieder in Rheinland-Pfalz, da von dort kein freikirchlicher Vertreter entsandt wird. Die Antwort der Landesregierung ist beigefügt.

4. Gespräch mit Frau Ministerin, Fraktionen und Kirchen am 20.02.2013

Wie angekündigt möchte Frau Ministerin Krebs mit den Fraktionsvorsitzenden von GRÜNEN und SPD im Landtag BW, Vertretern der beiden großen Kirchen, der ACK und der Freikirchen am Mittwoch, 20.02.2013, 09.15 Uhr im Staatsministerium ein Gespräch führen, um doch noch zu einer Lösung zugunsten der Freikirchen zu kommen. Eingeladen wurden hierzu u.a. auch Rundfunkrat Bernd Friedrich und Pfr. Albrecht Haizmann als Geschäftsführer der ACK. Die Freikirchen haben immer erklärt, dass sie sich nicht gegen einen muslimischen Vertreter im Rundfunkrat wenden, dass es aber in einem Gremium von 51 Mitgliedern (Anteil BW im Rundfunkrat) eine Lösung geben müsste, die jeder gesellschaftlich relevanten Gruppe wenigstens einen Sitz ermöglicht. Wie eine solche Lösung aussehen könnte, ist völlig offen und auch nicht einfach umzusetzen, weil nach dem Stand der Dinge eine Vergrößerung der Gremiums ausscheidet und die Berücksichtigung der Freikirchen gleichzeitig bedeutet, dass an anderer Stelle eine (Doppel-)Vertretung abgebaut werden muss. Bitte schließen Sie doch diesen Termin besonders in Ihre Gebete ein, dass dort eine gute Lösung gefunden werden kann.

5. Schlussbemerkungen

Die Ausführungen zeigen, dass Stellungnahmen und Aktionen in jedem Fall bis Ende Februar sehr nützlich und hilfreich sein können, denn die endgültige Fassung des neuen Staatsvertrags steht noch nicht fest. Vielmehr werden derzeit die Anhörungen ausgewertet und Änderungen in den Entwurf eingearbeitet. Wenn Sie Stellungnahmen abgegeben haben (oder diese noch nachholen wollen), dann senden Sie mir diese doch bitte zur Information noch zu, soweit dies noch nicht geschehen ist. Zu überlegen wäre auch, ob Sie diese Stellungnahmen nicht auch der Presse und den Fraktionsvorsitzenden im Landtag zur Verfügung stellen oder - so eine Anregung aus dem Rundfunkrat - wir diese nicht gemeinsam in einer Landespressekonferenz vorstellen sollten. Öffentliche Aufmerksamkeit ist für gewählte Politiker immer ein wichtiges Argument bei ihren Entscheidungen.

Ich danke allen beteiligten Kirchen und Gemeinden für Ihr Vertrauen und stehe auch weiter gerne für Anregungen und Informationen zur Verfügung. Neben allen sinnvollen Aktionen können wir darauf vertrauen, dass es letztlich auch Gottes Sache ist, wie seine Kirchen in dieser Zeit öffentlich wirksam werden können, im Rundfunkrat und anderswo. Ich wünsche Ihnen wachsendes Vertrauen zu unserem guten Gott und seinen Segen für Ihre wichtigen Aufgaben in Kirche und Gemeinde.

Mit freundlichen Grüßen
Bernd Friedrich

Bernd Friedrich
SWR-Rundfunkrat Vertreter Freikirchen